



Berlin, 19. Mai 2021

Innenstadt-Initiative und HDE setzen klares Zeichen vor dem Kanzleramt: So leidet der Einzelhandel während des Lockdowns

Mit einem Motivwagen des Künstlers Jacques Tilly vor dem Bundeskanzleramt im Berliner Regierungsviertel setzen die großen Einzelhändler gemeinsam mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) heute ein unübersehbares Zeichen, um auf die wirtschaftlichen Schäden der derzeitigen Corona-Politik und des anhaltenden Lockdowns aufmerksam zu machen. Von der Politik fordern sie gerechte Hilfen und ein tragfähiges Konzept zur baldigen Öffnung der Geschäfte.

„Hilfen für den Handel! Jetzt!“, steht auf dem Mottowagen, den der bekannte Düsseldorfer Künstler Jacques Tilly für die Einzelhandelsinitiative „Das Leben gehört ins Zentrum“ gestaltet hat. Hinter der Initiative stehen u.a. s.Oliver, Thalia, KiK, ECE, Breuninger, Deichmann, Ernesting's family, das Modehaus Garhammer, der Textildienstleister Katag sowie rund 50 weitere Unternehmen. Der HDE und der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft ZIA unterstützen das Bündnis.

Claus-Dietrich Lahrs, CEO von s.Oliver: „Seit Monaten werden die Hilferufe des geschlossenen Handels nicht gehört. Jeder Tag Lockdown kostet s.Oliver 1 Million Euro. Unsere gute Ausgangslage hat uns zu Beginn der Pandemie noch geholfen, aber auch bei uns ist die Schmerzgrenze erreicht. Überall in unseren Nachbarländern sehen wir sinnvolle, einheitliche und vor allem verbindliche Konzepte, die dem Handel helfen und Verbrauchern Orientierung geben. Wir brauchen jetzt die notwendige, faire Unterstützung und intelligente Lösungen, um die drastischen Folgen für den Einzelhandel noch abzuwenden. Sonst werden völlig unnötige Schließungen und hohe Arbeitsplatzverluste unvermeidbar.“

Die Einzelhändler fordern einen Rettungsschirm für den Handel und höhere Fördergrenzen. Derzeit liegt die Obergrenze der Beihilfe bei bis zu 12 Millionen Euro pro Unternehmen. Bereits größere Mittelständler können damit noch nicht einmal die laufenden Fixkosten decken.

Patrick Zahn, CEO von KiK: „Im Handel häufen sich nicht nur die unverkaufte Ware, sondern auch die Verluste. Die Deckelung der Hilfen bedeutet faktisch, dass die finanziellen Folgen der Pandemie, die uns durch die angeordnete Schließung unserer Geschäfte aufgezwungen wurden, bei weitem nicht ausreichend abgedeckt werden. In Deutschland gelten die gleichen Fördergrenzen wie in Malta oder Österreich. Das ist widersinnig. Und die viel zitierte ‚Bazooka‘-Hilfe gleicht im Falle des Einzelhandels eher einem Pappschwert. Wir brauchen Verlässlichkeit, um unsere Zukunft zu gestalten.“

Laut einer Umfrage unter den größten Unternehmen der Initiative lag der finanzielle Schaden durch Corona bereits Mitte März 2021 bei 46% der großen Händler oberhalb der EU-Höchstfördergrenze.

Michael Busch, Geschäftsführender Gesellschafter von Thalia: „Die Einzelhändler haben in den vergangenen Monaten stets mit maximaler Flexibilität auf die Anordnungen der Regierung reagiert. Viele der vorgeschlagenen und umgesetzten Konzepte gingen jedoch an der Realität vorbei und haben bei vielen Händlern die Verlustsituation leider nicht entschärft – im Gegenteil. Deshalb kämpfen wir dafür, gehört und eingebunden zu werden und für die entstandenen Verluste angemessen entschädigt zu werden, damit wir die nötigen Investitionen in unsere Zukunft stemmen können. Sonst gehen in den Innenstädten bald die Lichter aus.“

Umfrageergebnissen des HDE zufolge rechnen zwei Drittel der Bekleidungshändler damit, dass sie in diesem Jahr Insolvenz anmelden müssen. Insgesamt könnten durch die Coronakrise so bis zu 120.000 Geschäfte in deutschen Innenstädten verschwinden.

Stefan Genth, HDE-Hauptgeschäftsführer: „Es droht ein Fiasko, die Obergrenzen bei den Hilfen müssen endlich weg. Ansonsten haben größere Handelsunternehmen, die die Fußgängerzonen bundesweit mit ihren vielen Filialen beleben, keine Chance. Es besteht die Gefahr, dass ganze Stadtzentren ins Taumeln geraten. Neben angemessenen Hilfen braucht es deshalb auch Konzepte dafür, wie der Handel schnellstmöglich wieder öffnen kann. Wir sind bereit, zu handeln.“

Gemeinsam mit dem HDE fordert die Initiative deshalb auch eine Perspektive für die vollständige bundesweit einheitliche Wiedereröffnung des Handels. In Gebieten mit Inzidenzen unter 100 müsse zudem die Testpflicht vor dem Einkauf entfallen. Gleichzeitig sollten die Maskenpflicht und die bewährten Hygienekonzepte der Händler weiter gelten.

Daniel Terberger, Vorstandsvorsitzender der Katag AG: „Die aktuellen Regelungen sind aus unserer Sicht keine Öffnungsperspektive. Das Klammern an die nun langsam sinkenden Inzidenzwerte ist immer ein Blick in den Rückspiegel. Die unterschiedlichen und sich zudem verändernden Umsetzungsformen sind für große und mittlere Einzelhändler kaum noch zu koordinieren. Auch Verbraucher können sie nicht mehr nachvollziehen. Kommt bei höheren Inzidenzen noch eine Testpflicht hinzu, ist die Motivation eines Filialbesuchs verständlicherweise noch geringer. In der Folge bleiben die Geschäfte geschlossen, was die Zukunft unserer Innenstädte massiv gefährdet.“

Unterschiedliche Studien, darunter wissenschaftliche Erkenntnisse des Robert Koch Instituts und der TU Berlin, haben gezeigt, dass vom Handel kein erhöhtes Infektionsrisiko ausgeht. Das belegen auch die Zahlen des durchgehend geöffneten Lebensmitteleinzelhandels.